

December 23, 1991

**Conversation between the Head of the Chancellor's
Office, Federal Minister Bohl, and Ukrainian Foreign
Minister Zlenko on 21 December 1991, 9.00 - 10.00
Hours**

Citation:

"Conversation between the Head of the Chancellor's Office, Federal Minister Bohl, and Ukrainian Foreign Minister Zlenko on 21 December 1991, 9.00 - 10.00 Hours", December 23, 1991, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59747, 138-144. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger.

<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/300158>

Summary:

Bohl and Zlenko analyze the situation in the immediate aftermath of the Soviet Union's formal dissolution. They discuss the fate of the remaining nuclear weapons and armaments in Ukraine and the prospects for their dismantlement. They also review plans for the withdrawal of "Soviet" soldiers from Germany and their return to Ukraine.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan

Transcript - German

Translation - English

Referat 212
VLR Nike1 (2250)

Bonn, 23. Dezember 1991

124

137

Über
Herrn AL 2 i.V.
Herrn Chef BK

Betr.: Ihr Gespräch mit dem ukrainischen Außenminister, Anatolij Slenko
hier: Gesprächsvermerk

Anliegend wird ein Vermerk über das o. a. Gespräch mit der Bitte um Billigung vorgelegt.

Es wird angeregt, den Vermerk auch BM Genscher zur Kenntnis zu bringen, falls das Auswärtige Amt den Gesprächsvermerk Genscher/Slenko zur Verfügung stellt.

(Dr. von Morr)

Vfg.:

2Ni2312.01

Referat 212
VLR Nike1 (2250)

Bonn, 23. Dezember 1991

125
138Betr.: Gespräch des Herrn Chef BK mit dem ukrainischen Außenminister
Anatoli Slenko am 21. Dezember 1991, 9.00 - 10.00 UhrAnlg.: 1 Teilnehmerliste

Der Herr Chef des Bundeskanzleramtes (Chef BK) eröffnet das Gespräch ^{mit der} ~~in~~ ^{Bekundung} dem ~~der~~ ~~des~~ großen Interesse der Bundesregierung an den Entwicklungen in der Ukraine und der Sowjetunion ~~bekundet~~. Er beglückwünscht den ukrainischen Außenminister Anatolij Slenko (S.) zum Ergebnis des Referendums vom 1. Dezember und äußert die Hoffnung, daß sich die bilateralen Beziehungen gut entwickeln werden.

S. dankt für das große Interesse und berichtet über die Bemühungen der Ukraine nach dem Referendum vom 1. Dezember, die großen politischen Gestaltungsaufgaben beherzt anzugehen, um die Situation zu stabilisieren. Es gehe vor allem um die Sicherung der Unabhängigkeit, die Ankurbelung der Wirtschaft sowie um die Gestaltung der Außenbeziehungen. Große Bedeutung habe das heutige Treffen der Präsidenten der Republiken der ehemaligen Sowjetunion in Alma Ata.

Chef BK unterstreicht unser großes Interesse an der Gemeinschaft unabhängiger Staaten, wie sie sich im Dreierbund konstituiert habe.

S. unterstreicht, daß die Vereinbarung über die Gemeinschaft unabhängiger Staaten eine zwischenstaatliche Vereinbarung sei. Sie bestätige die Unabhängigkeit der teilnehmenden Staaten. Sie sei kein Ersatz für das alte Zentrum. In Minsk solle ein Koodinatssekretariat installiert werden.

...

- 2 -

126
139

Chef BK fragt nach den Absichten der Gründungsmitglieder im Verteidigungsbereich sowie hinsichtlich der Kontrolle der Nuklearwaffen. Dies sei deswegen von besonderer Bedeutung, da seiner Kenntnis nach ca. 4000 nukleare Gefechtsköpfe in der Ukraine lagerten.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Obersten Rates der Ukraine, Pawlitschko (P.), nennt die atomare Rüstung als einen der wichtigsten Gründe für die Gründung der "Gemeinschaft unabhängiger Staaten". Die Ukraine habe sich in ihrer Souveränitätserklärung zu einem atomwaffenfreien und neutralen Status bekannt. Sie sei bereit, ein einheitliches Kommando über die strategischen Waffen zu akzeptieren. Letzteres solle dafür Sorge tragen, daß die atomaren Waffen vernichtet würden.

Präsident Krawtschuk habe gegenüber US-AM Baker festgestellt, daß die destabilisierenden Systeme möglichst bald abgezogen werden sollten. Die Vernichtung solle möglichst früher als im START-Vertrag vorgesehen erfolgen.

Da die Ukraine ihre atomaren Waffen loswerden wolle, brauche sie nicht in eine strategische Verteidigung eingebunden werden. Sie wolle dem Nichtverbreitungsvertrag beitreten. Insofern beschreite die Ukraine einen anderen politischen Weg als Rußland und Kasachstan, die ihre atomaren Waffen behalten wollten. In der Ukraine seien 130 ICBM's stationiert, die gemäß START-Vertrag der Vernichtung unterlägen.

Man sei daran interessiert, schon im nächsten Jahr mit der Vernichtung zu beginnen und sie in maximal 4 - 5 Jahren abzuschließen.

Chef BK fragt, wie es mit der Kontrolle über die Nuklearwaffen zum jetzigen Zeitpunkt stehe.

P. unterstreicht, daß derzeit der Geheimcode zum Einsatz von Gorbatschow auf Jelzin übergehe. Die Ukraine ihrerseits habe die technische Möglichkeit, einen Einsatz von Atomwaffen zu blockieren. Insofern habe sie ein "praktisches Vetorecht".

Chef BK äußert seine Befriedigung, daß die Ukraine offenbar bereit sei, alle internationalen Abrüstungsvereinbarungen zu implementieren.

...

- 3 -

127
140

P. bestätigt dies ausdrücklich. Er fügt hinzu, daß auch Jelzin für eine Vernichtung der auf ukrainischem Territorium befindlichen nuklearen Waffen eintrete.

Chef BK fragt nach dem Rückzug der sowjetischen Soldaten aus Deutschland.

S. sichert zu, daß es hierbei keinerlei Probleme geben werde. In der Ukraine sollen 17 kleine Wohnsiedlungen für 18.000 Familien gebaut werden. Er habe großes Verständnis, daß die Bundesregierung darauf bestehe, daß die abgeschlossenen Vereinbarungen eingehalten würden. Dies betreffe auch das finanzielle Engagement. Von den 7,8 Mrd. DM, die die Bundesregierung für das Wohnungsbauprogramm zur Verfügung gestellt habe, entfielen 400 Mio. DM auf die Ukraine. Die Ukraine sei in der Lage, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn 1993 die Wohnkomplexe fertig seien, könne ein Teil der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland in der Ukraine empfangen werden.

Man beobachte mit Sorge die Bemühungen Jelzins und VM Schaposchnikows, alles für sich in Anspruch zu nehmen. Wenn man diesem Plan folge, werde der Abzug nicht planmäßig ablaufen können. Davor möchte er ausdrücklich warnen. Er wolle noch einmal zusichern, daß nichts an den getroffenen Vereinbarungen geändert werde und der Abzug der Truppen planmäßig verlaufen werde.

P. unterstreicht, daß es nicht nur im deutschen Interesse liege, daß die sowjetischen Truppen Deutschland verließen. Der Bau von Wohnsiedlungen in Industriezentren sei auch als Basis für gemeinsame deutsch-ukrainische Vorhaben von großer Bedeutung.

Chef BK fragt erneut nach den zu erwartenden Ergebnissen von Alma Ata.

S. verliest eine Erklärung des Obersten Rates der Ukraine vom 20. Dezember, in dem dieser seine Auslegung des Abkommens über die "Gemeinschaft unabhängiger Staaten" vom 8. Dezember darlegt. Nichts dürfe in der Vereinbarung so ausgelegt werden, daß die Unabhängigkeit der Ukraine untergraben würde. Die Gemeinschaft sei kein staatliches Gebilde und kein Völkerrechtsobjekt.

...

- 4 -

728
141

Die koordinierenden Einrichtungen dürften keinen Machtcharakter haben. Die Beschlüsse hätten lediglich empfehlenden Charakter. Alle Staaten hätten das Recht auf eine selbständige Außenpolitik mit selbständigen Kontakten zu anderen Staaten.

In der Außenpolitik gebe es allenfalls einen Konsultationsmechanismus. Die Grenzen zu Rußland und Weißrußland seien als staatliche Grenzen unantastbar. Die Ukraine verfüge über eigene Streitkräfte auf der Grundlage der auf ukrainischem Territorium stationierten Streitkräfte der früheren Sowjetunion. Sie strebe einen atomwaffenfreien Status auf dem Wege von Verhandlungen und unter internationaler Kontrolle an. Man wolle sich keinem Militärblock anschließen. Sie setze sich für einen zwischenstaatlichen Vertrag zwischen allen Republiken der früheren Sowjetunion ein, auf deren Territorium sich nukleare Waffen befänden. Die Ukraine werde über ein eigenes nach außen offenes Wirtschaftssystem mit eigener Währung, eigenem Banken- und Zollsystem, eigenem Transport- und Kommunikationssystem verfügen und sich an regionalen und zwischenregionalen Märkten beteiligen. Die Ukraine behalte sich vor, Teile des Vertrages über die Gemeinschaft unabhängiger Staaten zu suspendieren.

Auf Nachfrage von Chef BK hebt S. ausdrücklich hervor, daß es sich um eine Auslegung der Brester Vereinbarungen handele. Man wolle alle internationalen Verpflichtungen garantieren, die im Einklang mit der eigenen Gesetzgebung stünden.

Chef BK fragt nach, ob auf der Basis dieser Auslegung eine Einigung in Alma Ata erreicht werden könne.

P. hält dies durchaus für möglich, da auch Weißrußland diese Interpretation teile. Das Treffen in Alma Ata diene der Abstimmung der Position jedes einzelnen Staates. Jeder könne die Minsker Vereinbarung auslegen. In der Ukraine habe man 300 Jahre für die Unabhängigkeit gekämpft. Die Menschen sorgten sich, daß diese "über die Hintertür" torpediert werden könnte.

...

- 5 -

129
142

Chef BK fragt nach, ob in Alma Ata der Beitritt der mittelasiatischen Republiken zu erwarten sei oder ob eine neue Gemeinschaft gegründet würde.

S. hält dies für eine sehr wichtige Frage. Die mittelasiatischen Republiken wollten einen neuen Vertrag. Dem stimme die Ukraine nicht zu. Die anderen Republiken könnten sich dem Vertrag vom 8. Dezember anschließen. Eine Revision käme nicht in Betracht. Einige Elemente müßten lediglich präzisiert werden. Dabei gehe es vor allem um die Frage der Kontrolle über die Nuklearstreitkräfte, um die Rechtsnachfolge der Sowjetunion (VN-Sitz), um die konsultativen Strukturen und um ökonomische Fragen. Er erwarte von den Beratungen in Alma Ata eine Festlegung der Bedingungen für den Anschluß anderer Staaten an den Dreierbund. Auf diese Weise würde die Vereinbarung vom 8. Dezember formalisiert. Die Bedingungen des neuen Zusammenschlusses würden von denen festgelegt, die am wenigsten abhängig seien wollten.

P. hebt hervor, daß für die Ukraine ein Militärbündnis nicht in Frage käme.

Chef BK fragt erneut nach den Chancen für die Einigung in Alma Ata.

S. wiederholt, daß die Ukraine gegen eine politische Vereinbarung sei und ein neues Zentrum nicht akzeptieren würde. Man könne sich über mögliche Formen der Kooperation für eine Übergangszeit verständigen. Künftig seien alle Beziehungen zwischenstaatlicher Natur.

P. hebt mit großer Offenheit hervor, daß die Interessen der Partner des Dreierbundes nicht übereinstimmen. Rußland habe Hoffnungen, ein neues Imperium aufzubauen. Deswegen gehe es darum, Zeit zu gewinnen, damit Rußland sich an die ukrainische Unabhängigkeit gewöhne. Dies stabilisiere die Lage. Eine Unterstützung der ukrainischen Unabhängigkeit durch Deutschland sei wichtig, damit die Kräfte, die sich für eine Konföderation einsetzten, nicht die Oberhand gewännen. Die Kräfte, die hinter Gorbatschow ständen, mobilisierten weiterhin für eine erneuerte Union. Die Ukraine werde aber keine jugoslawische Variante zulassen. Deswegen sei eine völkerrechtliche Anerkennung durch Deutschland in nächster Zeit notwendig.

- 6 -

130

143

Chef BK weist auf den von der Europäischen Gemeinschaft erarbeiteten Kriterienkatalog für die Anerkennung der Unabhängigkeit neuer Staaten in Europa und auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion hin. Er fragt nach der inneren Gestaltung in der Ukraine auch im Hinblick auf den Aufbau eines Rechtsstaates. Darüber hinaus sei er an der Position der Ukraine zur NATO interessiert.

S. hebt hervor, daß es hinsichtlich der Menschen- und Minderheitenrechte in der Ukraine keine Probleme gebe. Auch die Russen hätten im Referendum vom 1. Dezember mehrheitlich für die Unabhängigkeit gestimmt. Hinsichtlich der NATO sei die Ukraine bereit, Kontakte anzuknüpfen. Es existiere bereits ein Schriftverkehr mit Generalsekretär Wörner, der zu dessen Einladung in die Ukraine geführt habe. Man wolle ein NATO-Informationszentrum in Kiew errichten. Die Präsenz der NATO werde auch dazu beitragen, der westlichen Öffentlichkeit zu zeigen, daß die innere Entwicklung in der Ukraine demokratisch verlaufe.

Man sei aber gegen Militärblöcke. Dies treffe auch für das von Rußland gewünschte Militärbündnis zu. Eine politische Form der Kooperation mit der NATO sei vielleicht möglich. Die Ukraine habe eine gesamteuropäische Einstellung und verfolge eine gesamteuropäische Sicherheitspolitik.

Chef BK hebt diesen letzten Aspekt besonders hervor und stellt fest, daß es in Europa nie wieder Krieg geben dürfe.

S. spricht anschließend die Frage der auf ukrainischem Territorium lebenden Deutschen an. Auf die Krim seien bereits wieder 20 - 30.000 Deutsche eingewandert. Man werde die Rechte dieser - wie auch anderer - Minderheiten schützen. Es wäre auch daran zu denken, einen Vertrag mit uns über die dort in kompakten Siedlungen lebenden Deutschen zu schließen. Dies würde direkte Kontakte ermöglichen.

Chef BK hält dies für einen prüfenswerten Gedanken, der weiterverfolgt werden solle, unabhängig von Status- bzw. finanziellen Fragen. Alles, was zur Verständigung der Menschen und der Völker beitrage, sei der richtige Ansatz.

...

- 7 -

158

144

S. hebt hervor, daß man deutsche Schulen, deutsche Zeitungen etc. gründen könne. Mittelfristig wolle man der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten. Die Ukraine habe sich diesbezüglich bereits an den Europarat gewandt.

Chef BK dankt für das außerordentlich interessante und aufschlußreiche Gespräch.

Es endet um 10.00 Uhr.

123/112
(Nike1)

732

145

TeilnehmerlisteVon ukrainischer Seite

Anatolij Slenko	Außenminister der Ukraine
Dimitrij Pawlytschko	Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Obersten Rates der Ukraine
Viktor Batjuk	Abteilungsleiter Internationale Organisationen im ukrainischen Außenministerium
Wolodimir Ogrisko	Persönlicher Berater von Außenminister Slenko

Von deutscher Seite

BM Boh1	
MDg Dr. Kaestner	
Graf Bassewitz	Deutscher Generalkonsul in Kiew
VLR Nike1	Note-taker
Herr Ansir Ostaptschuk	Dolmetscher

Referat 212
den 23. Dezember 1991
VLR Nickel

Bonn,

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Chef BK mit dem ukrainischen Außenminister Anatoli Slenko am 21. Dezember 1991, 9.00 - 10.00 Uhr[\[1\]](#)

Der Herr Chef des Bundeskanzleramts (Chef BK) eröffnet das Gespräch mit der Bekundung des großen Interesses der Bundesregierung an den Entwicklungen in der Ukraine und der Sowjetunion. Er beglückwünscht den ukrainischen Außenminister Anatoli Slenko (S.) zum Ergebnis des Referendums vom 1. Dezember und äußert die Hoffnung, daß sich die bilateralen Beziehungen gut entwickeln werden.

S. dankt für das große Interesse und berichtet über die Bemühungen der Ukraine nach dem Referendum vom 1. Dezember, die großen politischen Gestaltungsaufgaben beherzt anzugehen, um die Situation zu stabilisieren. Es gehe vor allem um die Sicherung der Unabhängigkeit, die Ankurbelung der Wirtschaft sowie um die Gestaltung der Außenbeziehungen. Große Bedeutung habe das heutige Treffen der Präsidenten der Republiken der ehemaligen Sowjetunion in Alma Ata.

Chef BK unterstreicht unser großes Interesse an der Gemeinschaft unabhängiger Staaten, wie sie sich im Dreierbund konstituiert habe.

S. unterstreicht, daß die Vereinbarung über die Gemeinschaft unabhängiger Staaten eine zwischenstaatliche Vereinbarung sei. Sie bestätige die Unabhängigkeit der teilnehmenden Staaten. Sie sei kein Ersatz für das alte Zentrum. In Minsk solle ein Koordinatssekretariat installiert werden.

Chef BK fragt nach den Absichten der Gründungsmitglieder im Verteidigungsbereich sowie hinsichtlich der Kontrolle der Nuklearwaffen. Dies sei deswegen von besonderer Bedeutung, da seiner Kenntnis nach ca. 4000 nukleare Gefechtsköpfe in der Ukraine lagerten.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Obersten Rates der Ukraine, Pawlitschenko (P.), nennt die atomare Rüstung als einen der wichtigsten Gründe für die Gründung der "Gemeinschaft unabhängiger Staaten". Die Ukraine habe sich in ihrer Souveränitätserklärung zu einem atomwaffenfreien und neutralen Status bekannt. Sie sei bereit, ein einheitliches Kommando über die strategischen Waffen zu akzeptieren. Letzteres solle dafür Sorge tragen, daß die atomaren Waffen vernichtet würden.

Präsident Krawtschuk habe gegenüber US-AM Baker festgestellt, daß die destabilisierenden Systeme möglichst bald abgezogen werden sollten. Die Vernichtung solle möglichst früher als im START-Vertrag vorgesehen erfolgen.

Da die Ukraine ihre atomaren Waffen loswerden wolle, brauche sie nicht in eine strategische Verteidigung eingebunden werden. Sie wolle dem Nichtverbreitungsvertrag beitreten. Insofern beschreite die Ukraine einen anderen politischen Weg als Rußland und Kasachstan, die ihre atomaren Waffen behalten wollten. In der Ukraine seien 130 ICBM's stationiert, die gemäß START-Vertrag der Vernichtung unterlägen.

Man sei daran interessiert, schon im nächsten Jahr mit der Vernichtung zu beginnen und sie in maximal 4 - 5 Jahren abzuschließen.

Chef BK fragt, wie es mit der Kontrolle über die Nuklearwaffen zum jetzigen Zeitpunkt stehe.

P. unterstreicht, daß derzeit der Geheimcode zum Einsatz von Gorbatschow auf Jelzin übergehe. Die Ukraine ihrerseits habe die technische Möglichkeit, einen Einsatz von Atomwaffen zu blockieren. Insofern habe sie ein "praktisches Veto".

Chef BK äußert seine Befriedigung, daß die Ukraine offenbar bereit sei, alle internationalen Abrüstungsvereinbarungen zu implementieren.

P. bestätigt dies ausdrücklich. Er fügt hinzu, daß auch Jelzin für eine Vernichtung der auf ukrainischem Territorium befindlichen nuklearen Waffen eintrete.

Chef BK fragt nach dem Rückzug der sowjetischen Soldaten aus Deutschland.

S. sichert zu, daß es hierbei keinerlei Probleme geben werde. In der Ukraine sollen 17 kleine Wohnsiedlungen für 18.000 Familien gebaut werden. Er habe großes

Verständnis, daß die Bundesregierung darauf bestehe, daß die abgeschlossenen Vereinbarungen eingehalten würden. Dies betreffe auch das finanzielle Engagement. Von den 7,8 Mrd. DM, die die Bundesregierung für das Wohnungsbauprogramm zur Verfügung gestellt habe, entfielen 400 Mio. DM auf die Ukraine. Die Ukraine sei in der Lage, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn 1993 die Wohnkomplexe fertig seien, könne ein Teil der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland in der Ukraine empfangen werden.

Man beobachte mit Sorge die Bemühungen Jelzins und VM Schaposchnikows, alles für sich in Anspruch zu nehmen. Wenn man diesem Plan folge, werde der Abzug nicht planmäßig ablaufen können. Davor möchte er ausdrücklich warnen. Er wolle noch einmal zusichern, daß nichts an den getroffenen Vereinbarungen geändert werde und der Abzug der Truppen planmäßig verlaufen werde.

P. unterstreicht, daß es nicht nur im deutschen Interesse liege, daß die sowjetischen Truppen Deutschland verließen. Der Bau von Wohnsiedlungen in Industriezentren sei auch als Basis für gemeinsame deutsch-ukrainische Vorhaben von großer Bedeutung.

Chef BK fragt erneut nach den zu erwartenden Ergebnissen von Alma Ata.

S. verliest eine Erklärung des Obersten Rates der Ukraine vom 20. Dezember, in dem dieser seine Auslegung des Abkommens über die "Gemeinschaft unabhängiger Staaten" vom 8. Dezember darlegt. Nichts dürfe in der Vereinbarung so ausgelegt werden, daß die Unabhängigkeit der Ukraine untergraben würde. Die Gemeinschaft sei kein staatliches Gebilde und kein Völkerrechtsobjekt.

Die koordinierenden Einrichtungen dürften keinen Machtcharakter haben. Die Beschlüsse hätten lediglich empfehlenden Charakter. Alle Staaten hätten das Recht auf eine selbständige Außenpolitik mit selbständigen Kontakten zu anderen Staaten.

In der Außenpolitik gebe es allenfalls einen Konsultationsmechanismus. Die Grenzen zu Rußland und Weißrußland seien als staatliche Grenzen unantastbar. Die Ukraine verfüge über eigene Streitkräfte auf der Grundlage der auf ukrainischem Territorium stationierten Streitkräfte der früheren Sowjetunion. Sie strebe einen atomwaffenfreien Status auf dem Wege von Verhandlungen und unter internationaler Kontrolle an. Man wolle sich keinem Militärblock anschließen. Sie setze sich für einen zwischenstaatlichen Vertrag zwischen allen Republiken der früheren Sowjetunion ein, auf deren Territorium sich nukleare Waffen befänden. Die Ukraine werde über ein eigenes nach außen offenes Wirtschaftssystem mit eigener Währung, eigenem Banken- und Zollsystem, eigenem Transport- und Kommunikationssystem verfügen und sich an regionalen und zwischenregionalen Märkten beteiligen. Die Ukraine behalte sich vor, Teile des Vertrages über die Gemeinschaft unabhängiger Staaten zu suspendieren.

Auf Nachfrage von Chef BK hebt S. ausdrücklich hervor, daß es sich um eine Auslegung der Brester Vereinbarungen handele. Man wolle alle internationalen Verpflichtungen garantieren, die im Einklang mit der eigenen Gesetzgebung stünden.

Chef BK fragt nach, ob auf der Basis dieser Auslegung eine Einigung in Alma Ata erreicht werden könne.

P. hält dies durchaus für möglich, da auch Weißrußland diese Interpretation teile. Das Treffen in Alma Ata diene der Abstimmung der Position jedes einzelnen Staates. Jeder könne die Minsker Vereinbarung auslegen. In der Ukraine habe man 300 Jahre für die Unabhängigkeit gekämpft. Die Menschen sorgten sich, daß diese "über die Hintertür" torpediert werden könnte.

Chef BK fragt nach, ob in Alma Ata der Beitritt der mittelasiatischen Republiken zu erwarten sei oder ob eine neue Gemeinschaft gegründet würde.

S. hält dies für eine sehr wichtige Frage. Die mittelasiatischen Republiken wollten einen neuen Vertrag. Dem stimme die Ukraine nicht zu. Die anderen Republiken könnten sich dem Vertrag vom 8. Dezember anschließen. Eine Revision käme nicht in Betracht. Einige Elemente müßten lediglich präzisiert werden. Dabei gehe es vor allem um die Frage der Kontrolle über die Nuklearstreitkräfte, um die Rechtsnachfolge der Sowjetunion (VN-Sitz), um die konsultativen Strukturen und um ökonomische Fragen. Er erwarte von den Beratungen in Alma Ata eine Festlegung der

Bedingungen für den Anschluß anderer Staaten an den Dreierbund. Auf diese Weise würde die Vereinbarung vom 8. Dezember formalisiert. Die Bedingungen des neuen Zusammenschlusses würden von denen festgelegt, die am wenigsten abhängig seien wollten.

P. hebt hervor, daß für die Ukraine ein Militärbündnis nicht in Frage käme.

Chef BK fragt erneut nach den Chancen für die Einigung in Alma Ata.

S. wiederholt, daß die Ukraine gegen eine politische Vereinbarung sei und ein neues Zentrum nicht akzeptieren würde. Man könne sich über mögliche Formen der Kooperation für eine Übergangszeit verständigen. Künftig seien alle Beziehungen zwischenstaatlicher Natur.

P. hebt mit großer Offenheit hervor, daß die Interessen der Partner des Dreierbundes nicht übereinstimmten. Rußland habe Hoffnungen, ein neues Imperium aufzubauen. Deswegen gehe es darum, Zeit zu gewinnen, damit Rußland sich an die ukrainische Unabhängigkeit gewöhne. Dies stabilisiere die Lage. Eine Unterstützung der ukrainischen Unabhängigkeit durch Deutschland sei wichtig, damit die Kräfte, die sich für eine Konföderation einsetzten, nicht die Oberhand gewännen. Die Kräfte, die hinter Gorbatschow ständen, mobilisierten weiterhin für eine erneuerte Union. Die Ukraine werde aber keine jugoslawische Variante zulassen. Deswegen sei eine völkerrechtliche Anerkennung durch Deutschland in nächster Zeit notwendig.

Chef BK weist auf den von der Europäischen Gemeinschaft erarbeiteten Kriterienkatalog für die Anerkennung der Unabhängigkeit neuer Staaten in Europa und auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion hin. Er fragt nach der inneren Gestaltung in der Ukraine auch im Hinblick auf den Aufbau eines Rechtsstaates. Darüber hinaus sei er an der Position der Ukraine zur NATO interessiert.

S. hebt hervor, daß es hinsichtlich der Menschen- und Minderheitenrechte in der Ukraine keine Probleme gebe. Auch die Russen hätten im Referendum vom 1. Dezember mehrheitlich für die Unabhängigkeit gestimmt. Hinsichtlich der NATO sei die Ukraine bereit, Kontakte anzuknüpfen. Es existiere bereits ein Schriftverkehr mit Generalsekretär Wörner, der zu dessen Einladung in die Ukraine geführt habe. Man wolle ein NATO-Informationszentrum in Kiew errichten. Die Präsenz der NATO werde auch dazu beitragen, der westlichen Öffentlichkeit zu zeigen, daß die innere Entwicklung in der Ukraine demokratisch verlaufe.

Man sei aber gegen Militärblöcke. Dies treffe auch für das von Rußland gewünschte Militärbündnis zu. Eine politische Form der Kooperation mit der NATO sei vielleicht möglich. Die Ukraine habe eine gesamteuropäische Einstellung und verfolge eine gesamteuropäische Sicherheitspolitik.

Chef BK hebt diesen letzten Aspekt besonders hervor und stellt fest, daß es in Europa nie wieder Krieg geben dürfe.

S. spricht anschließend die Frage der auf ukrainischem Territorium lebenden Deutschen an. Auf die Krim seien bereits wieder 20 - 30.000 Deutsche eingewandert. Man werde die Rechte dieser - wie auch anderer - Minderheiten schützen. Es wäre auch daran zu denken, einen Vertrag mit uns über die dort in kompakten Siedlungen lebenden Deutschen zu schließen. Dies würde direkte Kontakte ermöglichen.

Chef BK hält dies für einen prüfenswerten Gedanken, der weiterverfolgt werden solle, unabhängig von Status- bzw. finanziellen Fragen. Alles, was zur Verständigung der Menschen und der Völker beitrage, sei der richtige Ansatz.

S. hebt hervor, daß man deutsche Schulen, deutsche Zeitungen etc. gründen könne. Mittelfristig wolle man der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten. Die Ukraine habe sich diesbezüglich bereits an den Europarat gewandt.

Chef BK dankt für das außerordentlich interessante und aufschlußreiche Gespräch.

Es endet um 10.00 Uhr.

(Nikel)

Division 212

Bonn, 23 December 1991

VLR Nickel

M e m o r a n d u m

Subject: Conversation between the Head of the Chancellor's Office, Federal Minister Bohl, and Ukrainian Foreign Minister Zlenko on 21 December 1991, 9.00 - 10.00 Hours[\[1\]](#)

The Head of the Chancellor's Office (Chef BK) starts the conversation, reiterating the great interest that the Federal government had in the developments in Ukraine and the Soviet Union. He congratulates Ukrainian Foreign Minister Anatoly Zlenko (Z.) on the results of the referendum of 1 December, hoping that bilateral relations would develop well.

Z. expresses his thanks for the great interest and reports on Ukraine's efforts to tackle the large political tasks courageously to stabilize the situation after the referendum of 1 December. Above all, this was about the maintenance of independence, the stimulation of the economy, and the organization of foreign relations. Today's meeting of the presidents of the Republics in Alma Ata had great relevance.

Chef BK underlines our great interest in the Commonwealth of Independent States which had constituted itself as a federation of three.

Z. emphasizes that the agreement on the Commonwealth of Independent States was an interstate accord confirming the independence of the participating states. It was not a replacement of the old center. The establishment of a coordination secretariat in Minsk was planned.

Chef BK queries about the intentions of the founding members with regards to defense and in terms of control over nuclear weapons. This was of particular relevance as, according to his information, 4,000 nuclear warheads were deployed in Ukraine.

The Chairman of the Foreign Relations Committee of Ukraine's Supreme Council, Pavlichenko (P.), calls nuclear arms one of the most important reasons for the establishment of the "Commonwealth of Independent States." In its declaration of independence, Ukraine had committed itself to a nuclear-free and neutral status. She was ready to accept a unified command of strategic weapons. The latter ought to make sure that nuclear weapons would be destroyed.

President Kravchuk had told U.S. Secretary of State Baker that the destabilizing system ought to be withdrawn as soon as possible. The dismantlement ought to be carried out faster than stipulated in the START Treaty.

As Ukraine wanted to get rid of its nuclear weapons, there was no need for the country's integration in strategic defense. She wanted to accede to the Non-Proliferation Treaty. Thus, Ukraine was on a different trajectory than Russia and Kazakhstan, who wanted to keep their nuclear weapons. 130 ICBM were deployed in Ukraine. According to the START Treaty, they were subject to dismantlement. They were interested in starting their dismantlement in the next year and to conclude it within the next 4-5 years.

Chef BK queries about current controls of nuclear weapons.

P. emphasizes that the secret codes were currently transferred from Gorbachev to Yeltsin. Ukraine had the technical opportunity to block the use of nuclear weapons. Thus, it had a "practical veto."

Chef BK expresses his satisfaction with Ukraine's readiness for the implementation of all international arms control accords.

P. confirms this, explicitly adding that Yeltsin also advocated for the dismantlement of nuclear weapons on Ukraine's territory.

Chef BK queries about the withdrawal of Soviet soldiers from Germany.

Z. pledges that there would not be any problems. Ukraine planned the establishment of 17 settlements for 18,000 families. He greatly understood the Federal government's insistence on the fulfillment of the accords. This also applied to

financial engagement. 400 million DM of the of the Federal government's 7.8 billion DM housing assistance program were devoted to Ukraine. Ukraine was able to fulfill its commitments. When the settlements would be ready in 1993, a part of the Soviet soldiers in Germany could be welcomed in Ukraine.

One saw with great concern that Yeltsin and Minister of Defense Shaposhnikov were claiming everything for Russia. If one followed this plan, the withdrawal could not be pursued as planned. He wanted to warn against this, explicitly. He wanted to repeat his assurance that nothing would be changed in the accords. The withdrawal would proceed as planned.

P. reiterates that it was not only in Germany's interest for the Soviet troops to leave Germany. The establishment of settlements in industrial centers was also envisaged as a basis for joint German-Ukrainian endeavors.

Chef BK queries again about the results that one could expect from the Alma Ata meeting.

Z. reads out the declaration that Ukraine's Supreme Council had had taken on 20 December, detailing the interpretation of the accords on the establishment of the "Commonwealth of Independent States" of 8 December. The accord must not be interpreted in any way that could potentially undermine Ukraine's independence. The Commonwealth was neither a state nor a subject of international law.

The coordinating facilities must not have relevance as instruments of power. Its decision merely held a character of recommendations. All states had the right to pursue independent foreign policies, including their own contacts with other states.

In terms of foreign policy, there was, at best, a control mechanism. The borders with Russia and Belarus were inviolable as state borders. Ukraine had its own military forces at its disposal based on the former Soviet troops deployed on Ukraine's territory. She aimed at a nuclear-weapons free status through negotiations and under international control. She did not want to join any military alliances. She was advocating for the conclusion of an intergovernmental contract between all Republics of the former Soviet Union whose territories entailed deployed nuclear weapons. Ukraine would have its own currency, its own banking and customs system, its own transport and communications system, and it would participate in regional and interregional markets. Ukraine reserved the right to suspend parts of the agreement on the Commonwealth of Independent States.

Upon an inquiry from Chef BK, Z. explicitly emphasizes that this was an interpretation of the Brest Accords. One wanted to guarantee all international commitments which were in harmony with one's legislation.

Chef BK queries whether a consensus in Alma Ata could be achieved based on this interpretation.

P. thought that this was quite possible as Belarus shared this interpretation as well. The purpose of the Alma Ata meeting was to coordinate the positions of the participating states. Everybody had the right to differing interpretations of the Mink Accords. Ukraine had fought 300 years for its independence. The populace was concerned that it could be torpedoed "through the backdoor."

Chef BK queries whether one ought to expect the entry of the Asian republics or whether one could expect the establishment of a new confederation.

Z. thought this was a very important question. The Asian republics wanted a new accord. Ukraine would not agree. The other Republics could join the accord of 8 December. A revision was out of the question. It was necessary to detail some elements. This was primarily about the question of control of nuclear weapons forces, the legal succession of the Soviet Union (UN seat), consultative structures, and economic questions. His expectation for the meeting in Alma Ata was a decision on the framework for the association of other states joining the alliance of the three. This way, the accord of 8 December would be formalized. The conditions of the new merger would be determined by those who wanted to be the least dependent.

P. reiterates that a military alliance was out of the question for Ukraine.

Chef BK queries again about the chances for success in Alma Ata.

Z. repeats that Ukraine was against a political agreement and that it would not accept a new center. One could agree on potential forms of cooperation for a

transitory period. In the future, all relations would be intergovernmental in character.

P. frankly emphasizes that the interests within the alliance of three were not congruent. Russia had hopes for the reestablishment of a new empire. Thus, it was about gaining time so that Russia could get used to Ukraine's independence. This stabilized the situation. Germany's support for Ukraine's independence was important so that the forces who were in favor of a confederation would not gain the upper hand. The forces behind Gorbachev were still mobilizing support for a renewed union. Ukraine would not permit a Yugoslavian variant. Thus, it was necessary for Germany to recognize Ukraine in the near future.

Chef BK refers to EC's catalogue of criteria for the recognition of new states in Europe and on the territory of the Soviet Union. He queries about Ukraine's inner structure and the establishment of a state under the rule of law. Moreover, he was interested in Ukraine's position with regards to NATO.

Z. emphasizes that there were no problems in Ukraine with regards to human rights and minority rights. The majority of Russians had also voted in favor of independence in the referendum of 1 December. With regards to NATO, Ukraine was ready to establish contacts. There was already an exchange of letters with Secretary General Wörner, leading to the latter's invitation for a visit in Ukraine. One wanted to establish a NATO information center in Kiev. NATO's presence would also help to demonstrate to the Western public that Ukraine's domestic development moved forward on a democratic course. But one was against military blocs. This also applied to the military alliance that Russia wanted. It might be that some form of political cooperation with NATO was possible. Ukraine had an all-European position pursuing a pan-European security policy.

Chef BK particularly reiterates the last aspect, pointing out that there must not be any future wars in Europe.

Z. then refers to the question of Germans living on Ukraine's territory. 20,000 to 30,000 Germans had been immigrating to Crimea. They would protect their rights, as well as the rights of other minorities. One could also envisage the conclusion of an agreement on the Germans who lived there in compact settlements. This would facilitate direct contacts.

Chef BK thought that one had to examine this idea - which ought to be pursued regardless of questions of status and finance. It was the right approach to contribute to an understanding between peoples and nations.

Z. stresses that one could establish German schools, German newspapers, etc. Over the medium term, one wanted to join the European human rights convention. In this regard, Ukraine had already turned to the Council of Europe.

Chef BK expresses his thanks for the extraordinarily interesting and informative conversation. It ends at 10.00 hours.

(Nikel)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59747, 138-144.